

Fragen

für die Fragestunde der 102. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 10. Mai 2023

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 26	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	35, 36
Brandl, Reinhard, Dr. (CDU/CSU)	13, 14	Müller, Florian (CDU/CSU)	4, 5
Brandner, Stephan (AfD)	1, 2	Nacke, Stefan, Dr. (CDU/CSU)	46, 47
Bünger, Clara (DIE LINKE.)	33, 34	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	17, 18
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	37, 38	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	51, 52
Donth, Michael (CDU/CSU)	20, 21	Ploß, Christoph, Dr. (CDU/CSU)	11, 25
Engelhardt-Kopf, Martina (CDU/CSU)	7, 8	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	42, 43
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	49, 50	Rehbaum, Henning (CDU/CSU)	15, 16
Gebhart, Thomas, Dr. (CDU/CSU)	6	Renner, Martina (DIE LINKE.)	44, 45
Görke, Christian (DIE LINKE.)	29, 30	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	22, 32
Hoppermann, Franziska (CDU/CSU)	12	Schattner, Bernd (AfD)	3, 31
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	39, 48	Schreiner, Felix (CDU/CSU)	9, 10
Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	27, 28	Seitz, Thomas (AfD)	40, 41
Kaufmann, Michael, Dr. (AfD)	19	Weiss, Maria-Lena (CDU/CSU)	24

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ..	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	16

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Digitales und Verkehr**

1. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Was sind die fünf wichtigsten Ziele, die der Bundesminister für Digitales und Verkehr Dr. Volker Wissing in dieser Legislaturperiode in seinem Ressort erreichen will?

2. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Welche Auswirkungen hat nach Ansicht des Bundesministers für Digitales und Verkehr Dr. Volker Wissing die geplante Änderung der Schiffssicherheitsverordnung (SchSV) auf Schiffe, die unter deutscher Flagge fahren, und welche Kosten gehen damit für die deutschen Reedereien einher (www.aerzteblatt.de/nachrichten/141370/Bundesregierung-weist-Vorwuefe-zur-Seenotrettung-zurueck)?

3. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Plant die Bundesregierung, in den Tarifverhandlungen zwischen der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft und der Deutschen Bahn AG zu schlichten, und wenn ja, wie (www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/deutsche-bahn-evg-tarifkonflikt-100.html)?

4. Abgeordneter
Florian Müller
(CDU/CSU) Welche konkreten Schritte im Rahmen der Reform des Straßenverkehrsgesetzes sowie der Straßenverkehrs-Ordnung plant das Bundesministerium für Digitales und Verkehr, um den beteiligten Behörden mehr Flexibilität bei der Verhängung von Durchfahrtsverboten für Lkw einzuräumen?

5. Abgeordneter
Florian Müller
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um eine Diskriminierung von älteren Verkehrsteilnehmern im Rahmen der geplanten 4. Führerscheinrichtlinie zu unterbinden?

6. Abgeordneter
Dr. Thomas Gebhart
(CDU/CSU) Vertritt das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) nach wie vor die in der Bundespressekonferenz vom 17. April 2023 geäußerte Haltung, wonach die Vorlage eines Klimaschutz-Sofortprogramms durch das BMDV durch die neue Beschlusslage des Koalitionsausschusses obsolet sei?

7. Abgeordnete
Martina Engelhardt-Kopf
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung vor dem Hintergrund der erneut verfehlten Klimaschutzziele im Verkehrssektor, die Zahl der Förderaufufe für das Förderprogramm nach der „Richtlinie über die Förderung von leichten und schweren Nutzfahrzeugen mit alternativen, klimaschonenden Antrieben und dazugehöriger Tank- und Ladeinfrastruktur für elektrisch betriebene Nutzfahrzeuge (reine Batterieelektrofahrzeuge, von außen aufladbare Hybridelektrofahrzeuge und Brennstoffzellenfahrzeuge)“ (Richtlinie KsNI) pro Jahr zu erhöhen, wenn ja, wie, und wenn nein, warum nicht?
8. Abgeordnete
Martina Engelhardt-Kopf
(CDU/CSU)
- Wie plant die Bundesregierung, Gas-Lkw, die nachweislich mit Bio-LNG fahren, künftig im Kontext der Einführung der CO₂-Differenzierung bei der Lkw-Maut zu behandeln, und in welche der fünf Kohlenstoffdioxid-Emissionsklassen fallen diese Fahrzeuge?
9. Abgeordneter
Felix Schreiner
(CDU/CSU)
- Warum enthält der von der Bundesregierung eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/1187 über die Straffung von Maßnahmen zur rascheren Verwirklichung des transeuropäischen Verkehrsnetzes keine Änderung des Verbandsklagerechtes?
10. Abgeordneter
Felix Schreiner
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung die Festschreibung weiterer Verkehrsinfrastrukturprojekte, insbesondere für Bundesfernstraßen, in das „überragende öffentliche Interesse“ vornehmen, und wenn ja, welche Straßenprojekte werden unter welchen Kriterien ausgewählt, und wenn nein, warum nicht?
11. Abgeordneter
Dr. Christoph Ploß
(CDU/CSU)
- Warum wurden die Wasserstraßen im Genehmigungsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung nicht berücksichtigt?
12. Abgeordnete
Franziska Hoppermann
(CDU/CSU)
- Wie oft hat die Staatssekretärsrunde unter Vorsitz des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr zum Monitoring der Digitalstrategie bisher getagt, und welche Fragestellungen wurden behandelt?
13. Abgeordneter
Dr. Reinhard Brandl
(CDU/CSU)
- Wie viele Kommunen haben gemäß dem folgenden Förderaufruf (https://bmdv.bund.de/SharedDocs/DE/Anlage/DG/aufruf-zur-foerderung-von-beratungsleistungen.pdf?__blob=publicationFile) einen Antrag auf Beratungsleistung im April 2023 eingereicht (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

14. Abgeordneter
Dr. Reinhard Brandl
(CDU/CSU)
- Wie viele Kommunen haben gemäß der Richtlinie Förderung zur Unterstützung des Gigabitbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland vom 31. März 2023 (Gigabit-Richtlinie 2.0) einen Antrag auf Förderung gemäß der Fast Lane (https://bmdv.bund.de/SharedDocs/DE/Anlage/DG/auf-ruf-zur-foerderung-von-infrastrukturprojekten-fast-lane.pdf?__blob=publicationFile) im April 2023 eingereicht (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
15. Abgeordneter
Henning Rehbaum
(CDU/CSU)
- Welche Vorteile bietet der Lang-Lkw aus Sicht der Bundesregierung jeweils in Bezug auf Klimaschutz und Fahrpersonalbedarf im Vergleich zum herkömmlichen Lkw?
16. Abgeordneter
Henning Rehbaum
(CDU/CSU)
- Unternimmt die Bundesregierung konkrete Schritte, damit die Deutsche Bahn AG die Einnahmen aus dem Verkauf des sogenannten Deutschlandtickets über ihre Plattformen unverzüglich an die kleinen und mittleren privaten und kommunalen Verkehrsunternehmen weiterleitet, welche die tatsächliche Beförderungsleistung vor Ort durchführen, und wenn nein, warum nicht?
17. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Mit welchen konkreten Maßnahmen stellt der Bundesminister für Digitales und Verkehr, Dr. Volker Wissing, sicher, dass durch sein angekündigtes Gespräch mit der aus meiner Sicht extremistischen Gruppierung „Letzte Generation“, sich andere vergleichbare Vereinigungen nicht dazu verleitet sehen, Gespräche mit Bundesministern durch die Begehung von Straftaten zu erzwingen (vgl. www.zeit.de/politik/2023-04/letzte-generation-volker-wissing-fdp, zuletzt abgerufen am 25. April 2023)?
18. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Nach welchen Kriterien erfolgt die Auswahl der Vertreter der Gruppierung „Letzte Generation“ beim für Anfang Mai 2023 geplanten Gespräch im Bundesministerium für Digitales und Verkehr, und sind dem Bundesminister Dr. Volker Wissing konkrete Verantwortlichkeiten bzw. die Finanzierung dieser Vereinigung bekannt (vgl. Tichys Einblick – www.tichyseinblick.de/meinungen/einblicke-in-die-buerokratenseele-der-klimasozialisten/, zuletzt abgerufen am 25. April 2023)?

19. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)
- Gibt es im BMDV, angesichts der zunehmend angespannten bilateralen Beziehungen mit der Volksrepublik China, Überlegungen, dem Vorbild Großbritanniens zu folgen und die Betreiber von Telekommunikationsinfrastruktur anzuweisen, Komponenten des chinesischen Herstellers Huawei wieder aus ihrer Infrastruktur zu entfernen (www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/huawei-china-druck-101.html), und falls nein, warum nicht?
20. Abgeordneter
Michael Donth
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung die Defizite bei der Digitalisierung im Vertrieb in Deutschland, die im Zuge von Bestellung und Versand des 49-Euro-Tickets aufgetreten sind (vgl. <https://background.tagesspiegel.de/mobilitaet/verkehrsminister-wuenscht-sich-mehr-tempo-bei-digitalisierung-im-oe-pnv>) verbessern und generell die Digitalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs stärken?
21. Abgeordneter
Michael Donth
(CDU/CSU)
- Warum soll laut dem Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/1187 über die Straffung von Maßnahmen zur rascheren Verwirklichung des trans-europäischen Verkehrsnetzes die Feststellung des überragenden öffentlichen Interesses nicht für alle Schienenprojekte, sondern nur für solche Projekte, die über den Bedarfsplan Schiene finanziert werden, gelten, und wie begründet die Bundesregierung, dass dadurch ein großer Teil aller Schienenprojekte nicht von der Neuregelung erfasst würden (vgl. Stellungnahme von Allianz pro Schiene e. V. zum Gesetzentwurf)?
22. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Vorschlag der SachsenEnergie AG zur Installation und Bereitstellung des Bahnstroms auf der Strecke Dresden–Görlitz anstelle des Baus einer eigenen Bahnstromleitung durch die Deutsche Bahn AG, und wie plant die Bundesregierung, vor dem Hintergrund des Briefes der Politik, vor Ort mit diesem Lösungsvorschlag umzugehen (www.dnn.de/lokales/umland/elektrifizierung-bahnstrecke-dresden-goerlitz-brandbrief-an-wissing-JCFTMQQZNBHNBHKSJKTJFTYA.html)?
23. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie unterstützt die Bundesregierung die Länder bei der angekündigten Begleitung des Deutschlandtickets von einer optionalen Upgrade-Lösung für Studierende (www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/deutschlandticket-2134074), welche bis jetzt nur in wenigen Verkehrsverbänden umgesetzt wurde (www.studis-online.de/studienkosten/semesterticket/49-euro-ticket.php)?

24. Abgeordnete
Maria-Lena Weiss
(CDU/CSU)
- Wie weit ist der Umsetzungsstand des Konzepts zur zukünftigen effizienten, zielgenauen und schnellen finanziellen Unterstützung des Ladeinfrastrukturausbaus durch den Bund, welches auf dem Masterplan Ladeinfrastruktur II basiert und auf Bundestagsdrucksache 20/5883, als Antwort auf meine Schriftliche Frage 111 zum Abschluss des ersten Quartals 2023 bereits angekündigt wurde, und wann kann basierend hierauf mit konkreten Förderprogrammen und -aufrufen im Bereich des Ladeinfrastrukturausbaus gerechnet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

25. Abgeordneter
Dr. Christoph Ploß
(CDU/CSU)
- Warum wurde die DIN EN 15940 immer noch nicht in die Zehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes aufgenommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

26. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie lautet die Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Umstand, dass Studierende, die den damalig zinsfreien KfW-Studienkredit als Teil der Coronahilfe wahrgenommen haben, nun variable Zinsen von über 7 Prozent zahlen müssen (www.studis-online.de/studienkredit/kfw-zinsentwicklung.php#variabel)?
27. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Wie viele Mittel wurden im Rahmen des von der Bundesregierung im Jahr 2020 geschnürten Zukunftspakets (www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/downloads/files/090_20_faktenblatt_konjunkturpaket.pdf?__blob=publicationFile&v=2) bereits im Bereich Quantentechnologien verausgabt?
28. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Wie viele Mittel wurden im Rahmen des von der Bundesregierung im Jahr 2020 geschnürten Zukunftspakets (www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/downloads/files/090_20_faktenblatt_konjunkturpaket.pdf?__blob=publicationFile&v=2) bereits im Bereich zukünftige Kommunikationstechnologien verausgabt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Klimaschutz**

29. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- In welcher Höhe rechnet die Bundesregierung in diesem Jahr mit Rückflüssen aus der Corona-Soforthilfe, und welche Maßnahmen unternimmt oder unterstützt die Bundesregierung, um die Rückflüsse zu beschleunigen bzw. zu erhöhen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Finanzen**

30. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Wie hoch wären die Zinskosten des Bundes in den Jahren 2022 und 2021 nach Kenntnis der Bundesregierung gewesen, wenn die Einnahmen bzw. Ausgaben aus Agios und Disagios aus dem Verkauf von Bundeswertpapieren periodengerecht verbucht worden wären, und aus welchem ökonomischen Grund beabsichtigt der Bundesminister der Finanzen keine Änderung an den Buchungsregeln (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 34, Plenarprotokoll 20/99, S. 11983 (C))?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des
Innern und für Heimat**

31. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD)
- Wie möchte die Bundesregierung die Digitalisierung in der Verwaltung voranbringen (www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/onlinezugangsgesetz-fdp-droht-behoerden-bei-langsamer-digitalisierung-mit-strafen-a-e1e23bd0-0dfc-4885-8763-68d126bda472)?
32. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Wie stellt sich nach den Informationen der Bundesregierung seit 2015 die illegale Einwanderung auf dem Gebiet des Freistaates Sachsen mit den beiden Außengrenzen nach Tschechien und Polen dar (bitte jährlich angeben), und welche konkreten Zahlen sind der Bundesregierung bekannt zu aufgegriffenen Schleusungen auf dem Gebiet des Freistaates Sachsen (bitte ebenfalls jährlich seit 2015 angeben)?

33. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)

Setzt sich die Bundesregierung bei den Verhandlungen zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem für solche inhaltlichen Positionen ein, die deutschem Verfassungsrecht entsprechen, insbesondere, dass bei der Bestimmung eines Staates zum sicheren Herkunftsstaat Sicherheit vor politischer Verfolgung landesweit und für alle Personen- und Bevölkerungsgruppen bestehen muss (zweiter Leitsatz der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Mai 1996 – 2 BvR 1507/93 und 2 BvR 1508/93; bitte ausführen und begründen, da dies laut einer Unterrichtung der Obleute des Ausschusses für Inneres und Heimat des Deutschen Bundestages durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat am 28. April 2023 nach meinem Verständnis nicht der Fall ist), und wie ist die grundsätzlich befürwortende Haltung der Bundesregierung zu geplanten Grenzverfahren, die nach meiner Auffassung unter (faktischen) Haftbedingungen erfolgen werden, damit vereinbar, dass im Koalitionsvertrag der die Bundesregierung tragenden Parteien SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vereinbart worden war, dass das Leid an den EU-Außengrenzen beendet werden und es „bessere Standards für Schutzsuchende in den Asylverfahren“ geben soll (www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf, Seite 112; bitte ebenfalls ausführen und begründen)?

34. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)

Wie viele Personen wurden im ersten Quartal 2023 aus Deutschland abgeschoben (bitte nach den 14 wichtigsten Herkunftsländern aufschlüsseln und in jedem Fall Angaben zur Türkei und zu Sudan machen, bitte zusätzlich zwischen Linien- und Charterflügen differenzieren), und wird die Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser gegenüber den Bundesländern ihr Einverständnis für eine Aufnahmeregelung nach § 23 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) bzw. eine Verlängerung der Abschiebestoppregelungen bezüglich Iran erklären vor dem Hintergrund, dass bei Abschiebestopps über einen Zeitraum über sechs Monate hinaus auf § 23 Absatz 1 AufenthG verwiesen wird (siehe § 60a Absatz 1 Satz 2 AufenthG), die Menschenrechtssituation in Iran sich aber nach meiner Einschätzung in den letzten Monaten nicht verbessert hat, sodass Abschiebungen in das Land sich aus meiner Sicht nach wie vor verbieten?

35. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD) Wie viele Mitarbeiter von Unternehmen mit Bundesbeteiligung, Bundesämtern oder Bundesanstalten, Körperschaften und Stiftungen des Bundes sind mit aktuellen oder ehemaligen politischen Beamten des Bundes verwandt oder verschwägert (www.augsburger-allgemeine.de/politik/kommentar-vetternwirtschaft-im-wirtschaftsministerium-graichen-ist-kein-einzelfall-id66339166.html)?
36. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD) Wie viele politische Beamte nehmen nach Kenntnis der Bundesregierung Nebentätigkeiten oder nicht genehmigungspflichtige Nebentätigkeiten im Sinne des Bundesbeamtengesetzes wahr?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

37. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.) Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis von dem am 3. Mai 2023 von der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte veröffentlichten Bericht „Menschenrechtssituation in Peru im Kontext der sozialen Proteste“, demzufolge der Umgang der staatlichen Sicherheitskräfte mit den Protesten durch die „unverhältnismäßige, willkürliche und tödliche Anwendung von Gewalt“ sowie „ethnisch-rassistische“ Diskriminierung gekennzeichnet war und die mehrfachen Tötungen bei der Niederschlagung der Proteste in Ayacucho als „außergerichtliche Hinrichtungen“ und „Massaker“ eingestuft werden könnten (www.oas.org/e/cidh/informes/pdfs/2023/Informe-SituacionDDHH-Peru.pdf), und plant die Bundesregierung vor diesem Hintergrund, ihre Haltung, keinen Exportstopp (sowohl bei Genehmigungen als auch bei der tatsächlichen Ausfuhr) für bestimmte Güter wie zum Beispiel für solche Güter gemäß dem Anhang I der Dual-Use-Verordnung (EU) 2021/821 (die zur internen Repression und Überwachung bzw. zur Herstellung und Wartung von zur internen Repression und Überwachung verwendbaren Produkten verwendet werden könnten), Güter gemäß dem Anhang III der Anti-Folter-Verordnung (EU) 2019/125 (unter anderem Wasserwerfer, Reizgas, Pfefferspray, Tränengasgranaten, Elektroschocktechnologien, Fußfesseln) und Rüstungsgüter (sonstige Rüstungsgüter und Kriegswaffen) zu verhängen, aufzugeben (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 41, Plenarprotokoll 20/93, S. 11207 (D))?

38. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Kritik von sieben UN-Sonderberichterstattern, wonach die Herero und Nama direkt an den Verhandlungen bezüglich der gemeinsamen Erklärung „Vereint im Gedenken an unsere koloniale Vergangenheit, vereint im Willen zur Versöhnung, vereint in unserer Vision für die Zukunft“ hätten beteiligt sowie Reparationszahlungen an diese hätten geleistet werden müssen (www.faz.net/aktuell/politik/ausland/deutschland-soll-namibia-reparationen-zahlen-18850440.html), und wird die Bundesregierung ihre völkerrechtliche Möglichkeit nutzen, um in Abstimmung und mit dem Einverständnis der namibischen Regierung eine Vereinbarung zwischen Deutschland und den Vertretern von Herero und Nama über die Zahlung von Entschädigungsgeldern zu verhandeln (WD 2 - 3000 - 067/21, S. 7)?
39. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Hat der Bundeskanzler Olaf Scholz vor, gegenüber dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj bei dessen Besuch in Deutschland am 13. Mai 2023 die Website „Mirotworez“ zu thematisieren, auf der Tausende vermeintliche „Feinde der Ukraine“ geführt werden, darunter auch Bundestagsabgeordnete, zahlreiche deutsche Journalistinnen und Journalisten und Persönlichkeiten wie der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (vgl. Bundestagsdrucksache 19/11668 sowie Plenarprotokoll 19/133, Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 32 und Plenarprotokoll 19/136, Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 16), wenn nicht, warum nicht, und wann haben die Vertreterinnen und Vertreter dieser Bundesregierung das zuletzt getan (bitte die Namen und die Umstände nennen)?
40. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD)
- Wie hoch ist die Gesamtzahl der akkreditierten Teilnehmer ausländischer Teilnehmerstaaten beim 13. Petersberger Klimadialog des Auswärtigen Amts vom 17. bis 19. Juli 2023, und wie hoch sind die Kosten für die einzeln aufzuführenden Unterpunkte: Gesamtkosten der Konferenz, davon Anteile für Catering und Öffentlichkeitsarbeit, Kosten für Journalisten insgesamt und die Kosten für Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (bitte getrennt angeben; www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/klimaaussenpolitik/-/2542588)?

41. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD)
- Wie hoch ist der sogenannte CO₂-Fußabdruck des 13. Petersberger Klimadialogs vom 17. bis 19. Juli 2023, aufgeteilt nach deutscher Delegation und ausländischen Delegationen (bitte aufführen nach der Anzahl der innerdeutschen Flüge und den dadurch verursachten CO₂-Emissionen von deutschen Teilnehmern und deren Mitarbeitern und den CO₂-Emissionen der ausländischen Delegationen und der Anzahl der eingesetzten Flugzeuge zur Erreichung des Tagungsortes)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

42. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Wie viele Stellen unterhalb von Abteilungs-, Unterabteilungs- und Referatsleitungen – ab der Besoldungsgruppe A 15 abwärts – wurden im Bundesministerium der Justiz seit dem 8. Dezember 2021 ohne Ausschreibung besetzt (bitte die betroffenen Unterabteilungen, Abteilungen bzw. betroffenen Referate und die Besoldungsgruppen angeben), und warum erfolgte in diesen Fällen keine Ausschreibung?
43. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Mit welchen konkreten Zielen hat das Bundesministerium der Justiz die in seiner Antwort auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 20/6668 genannten Gutachten Nr. 6 „Evaluation des Abwicklungsprozesses der freiwilligen Ausgleichszahlung der Bundesregierung nach Insolvenz von Reiseveranstaltern der Thomas Cook-Gruppe und der Tour Vital Touristik GmbH“ und Nr. 8 „Empirische und rechtswissenschaftliche Untersuchung des möblierten Mietwohnungsmarktes“ in Auftrag gegeben?
44. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu den unterschiedlich ausgeprägten Bezügen der Beschuldigten, verfahrensrelevanten Personen und Zeuginnen und Zeugen zur Bundeswehr im Verfahren der Bundesanwaltschaft gegen sogenannte Reichsbürger, in dessen Rahmen es am 7. Dezember 2022 und am 2. März 2023 zu bundesweiten Durchsuchungsmaßnahmen kam (bitte aufschlüsseln nach ehemaligen Grundwehrdienstleistenden, ehemaligen Soldaten auf Zeit, ehemaligen Berufssoldaten, Reservisten und aktiven Bundeswehrangehörigen)?

45. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu den Bezügen der Beschuldigten, verfahrensrelevanten Personen und Zeuginnen und Zeugen zur Bundeswehr im Verfahren der Bundesanwaltschaft gegen sogenannte Reichsbürger, in dessen Rahmen es am 7. Dezember 2022 und am 2. März 2023 zu bundesweiten Durchsuchungsmaßnahmen kam (bitte aufschlüsseln nach Truppengattungen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

46. Abgeordneter
Dr. Stefan Nacke
(CDU/CSU)
- In welcher Weise plant die Bundesregierung eine tatsächlich stabilitäts- und zukunftsichernde Rentenreform vor dem Hintergrund, dass der Belastungsanstieg für die gesetzliche Rentenversicherung von 2020 bis 2040 nach den Vorausberechnungen der Deutschen Rentenversicherung Bund vergleichbar ist mit den bereits in der Vergangenheit bewältigten Herausforderungen in der Phase zwischen 1990 und 2010 (vgl. Interview mit der Präsidentin der Deutschen Rentenversicherung Bund Gundula Roßbach in der Berliner Morgenpost vom 29. März 2023, S. 6)?
47. Abgeordneter
Dr. Stefan Nacke
(CDU/CSU)
- Wie wirkt sich die voraussichtliche Entwicklung bei der Lebenserwartung in der mittleren Variante der 15. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes nach den neusten Berechnungen der Bundesregierung auf die Finanzierung der Rentenversicherung im weiteren Verlauf für die Jahre 2025, 2030, 2035, 2040 und 2045 aus?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Verteidigung**

48. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wie sieht der konkrete Zeitplan für die Studie des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr mit dem Auftragnehmer AMDC GmbH zur Erstellung einer Strategie für „Loitering Munition“ aus, und wie sieht der Zeitplan für eine weitere Begutachtung und Erprobung der beschafften Systeme aus (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 20/6668)?
49. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung gemäß § 1a Absatz 1 des Bundeswehrfinanzierungs- und sondervermögensgesetzes (BwFinSVermG) zur Cybersicherheit, zum Zivilschutz sowie zur Ertüchtigung und Stabilisierung von Partnern aufgrund der zitierten gesetzlichen Norm im Vergleich zum Status vor Inkrafttreten des Gesetzes zusätzlich finanziert bzw. umgesetzt (bitte spartenscharf inkl. jahresscharfen Umfangs der Finanzierung erläutern), und wie ist der aktuelle Sachstand der Strategie zur Stärkung der Sicherheit im Cyber- und Informationsraum, die gemäß § 1a Absatz 2 BwFinSVermG von der Bundesregierung vorzulegen ist?

50. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)

Welche Informationen, Texte, Bausteine etc. sind durch Beschäftigte im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung im Rahmen der Erstellung einer sogenannten 25-Millionen-Euro-Vorlage, die gemäß § 54 Absatz 3 der Bundeshaushaltsordnung bei Verträgen über Beschaffungsmaßnahmen und Entwicklungsvorhaben sowie bei Betreiberverträgen im Geschäftsbereich des genannten Bundesministeriums dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zur Billigung vorzulegen sind, zu erarbeiten oder zusammenzustellen, die ausschließlich für die Vorlage an den Haushaltsausschuss benötigt werden und nicht bereits im Rahmen des Projektmanagements, des Projektcontrollings, der Fachaufsicht des Bundesministeriums der Verteidigung über das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr oder der regierungsinternen Konsultationen zum Haushaltsvollzug zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und dem Bundesministerium der Finanzen erstellt werden, und inwiefern würde – sofern entsprechende Kenntnisse vorliegen – nach Auffassung der Bundesregierung ein gänzlicher Verzicht auf die 25-Millionen-Euro-Vorlage oder die Hochsetzung der Wertgrenze beispielsweise auf 50 oder 100 Mio. Euro die Beschaffungsverfahren beschleunigen (bitte konkret erläutern, in welchem Sachzusammenhang diesbezüglich eine Beschleunigung herbeigeführt würde und welche durchschnittliche Zeit- und Ressourcenersparnis erreicht werden könnte)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

51. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen stützt sich die Bundesregierung bei ihren Plänen für Werbeverbote für an Kinder gerichtete Lebensmittel auf die WHO-Nährwertprofile, in denen die Energiedichte der in Rede stehenden Lebensmittel außer Acht gelassen wird, obwohl der Bundesregierung bekannt ist, dass die Entstehung von Adipositas multikausal ist und neben möglichen genetischen Faktoren nicht zuletzt vom Energieverbrauch durch körperliche Aktivität und alimentäre Energiezufuhr abhängt (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 94 der Abgeordneten Bettina Stumpp auf Bundestagsdrucksache 20/6142), und welche wissenschaftlichen Studien liegen der Bundesregierung vor, die einen kausalen Zusammenhang zwischen einer Werberegulierung und der Energiebilanz aufzeigen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

52. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung – sofern ihr hierzu Kenntnisse vorliegen – das im Jahr 2010 in den USA eingeführte nationale Organspende-Register als wesentlichen Faktor für den in den USA im Zeitraum 2010 bis 2021 dokumentierten Anstieg an Organspenden um 46 Prozent (vgl. [www.amjtransplant.org/article/S1600-6135\(23\)00257-5/fulltext#:~:text=2.,also%20been%20increasing%20since%202012](http://www.amjtransplant.org/article/S1600-6135(23)00257-5/fulltext#:~:text=2.,also%20been%20increasing%20since%202012) und vgl. mir vorliegende Statistiken), und welchen Effekt erwartet die Bundesregierung mit Einführung des schon im Januar 2020 vom Deutschen Bundestag beschlossenen, nach Auskunft der Bundesregierung frühestens im ersten Quartal 2024 arbeitsfähigen deutschen Organspende-Registers nach Herstellung der Arbeitsfähigkeit auf die tatsächliche Zahl an Transplantationen in Deutschland?